

## **Petén – das vergessene Departement Guatemalas**

23. August 2016

Von Marco Baumgartner und Corsin Blumenthal

Mitte Juni waren wir im Rahmen der zweimal jährlich stattfindenden Reise des PBI-Guatemala-Teams für 10 Tage in Petén, im nördlichsten Departement Guatemalas, um uns dort ein Bild der Menschenrechtssituation zu machen. Wir besuchten einerseits Organisationen der Zivilbevölkerung und zwei vertriebene Bauerngemeinden und trafen uns andererseits mit VertreterInnen von Regierungsinstitutionen, wie der Gouverneurin, dem Polizeichef des Departements, verschiedenen BürgermeisterIn und Menschenrechtsombudsstellen, um u.a. unsere Besorgnis wegen Menschenrechtsverletzungen kundzutun. Petén ist zwar flächenmässig das grösste Departement Guatemalas, wird aber von Menschenrechtsorganisationen aufgrund der Ferne zur Hauptstadt, den komplexen Machtstrukturen und der relativ geringen Einwohnerzahl kaum in Betracht gezogen.

### **Besiedlung des Peténs ab 1960**

Um die aktuell stattfindenden Menschenrechtsverletzungen in Petén zu verstehen, ist ein kurzer geschichtlicher Rückblick unumgänglich.

Vor 1960 war das Departement kaum bevölkert und vom restlichen Guatemala abgeschottet. Ab den 1960er Jahren verfolgten die Militärregierungen das Ziel, die Zuwanderung nach Petén bewusst zu forcieren, um unter anderem die Entwicklung des Departements zu fördern und in die nationale Ökonomie einzubinden. Zudem sollte der Abbau natürlicher Ressourcen durch die mexikanische Regierung und mexikanische Unternehmen auf guatemaltegischem Gebiet gebremst werden. Mit der Besiedlung Peténs konnte die Regierung auch die innenpolitischen Spannungen aufgrund der ungleichen Landbesitzverhältnisse teilweise abfedern, ohne dabei die strukturellen Ursachen der Landproblematik (wie Ausbeutung und Unterdrückung der indigenen Bevölkerung, Konzentration der landwirtschaftlich nutzbaren Böden in den Händen weniger Grossgrundbesitzer) lösen zu müssen.

### **Kriminalisierung der Bauerngemeinden in den Naturschutzzonen**

Ab Ende der 1980er Jahre änderte sich jedoch die Politik der Regierung in Bezug auf Petén um 180°. Gegen den Willen der dort inzwischen angesiedelten Bevölkerung (hauptsächlich Bauerngemeinden) und ohne ihre vorherige Konsultation deklarierte die Regierung im Jahre 1989 per Dekret beinahe 80% des knapp 36,000 km<sup>2</sup> grossen Departements zur Naturschutzzone. Das neue Gesetz beschränkt die Aktivitäten in bestimmten Gebieten des Departements theoretisch auf Ökotourismus sowie akademische Forschung und verbietet menschliche Siedlungen. Die in diesen Gebieten ansässigen Bauerngemeinden leben seither in einer permanenten Ungewissheit und müssen Tag für Tag mit einer möglichen gewaltsamen Räumung ihrer Dörfer durch den Staat rechnen, obwohl sie nun oft seit mehreren Jahrzehnten dort sesshaft sind. Heute werden sie u.a. von den beiden Institutionen (Consejo Nacional de Areas Protegidas und Defensores de la Naturaleza), welche für die Aufsicht dieses Naturschutzgebiets zuständig sind, als Invasoren und Usurpatoren kriminalisiert, wobei der geschichtliche Hintergrund völlig ausser Acht gelassen wird. Andererseits verlängerte das Energie- und Bergbauministerium beispielsweise die Ölförderungslizenz der englisch-französischen Firma Perenco im Zentrum des Naturschutzgebiets im Jahre 2010 um weitere 15 Jahre.

Margarita Hurtado Paz y Paz erklärt in ihrem Buch "Petén: la última frontera?", dass für die Planer dieses Naturschutzgebietes die Bevölkerung kein essenzieller Teil der Umgebung, sondern lediglich eine Plage darstellt, welche die erfolgreiche Umsetzung des Umweltschutzes verhindert. Andererseits erwähnt sie, dass das Grundproblem genau darin besteht, dass bei der Bildung des Naturschutzgebiets die Existenz menschlicher Siedlungen und ihr traditionelles Verhältnis zum Wald und dessen Nutzung nie in Betracht gezogen wurde.

## **Besuch bei zwei gewaltsam vertriebenen Dörfern**

Abgesehen von den Treffen mit sozialen Organisationen und Behörden, besuchten wir zwei Dörfer, welche vor mehreren Jahren gewaltsam aus den Naturschutzzonen vertrieben wurden.

### **Centro 1**

Am 16. Juni 2009 räumten Sicherheitskräfte dieses Bauerndorf aus dem Nationalpark Sierra del Lacandón, obwohl sie bereits seit den 1980er Jahren dort sesshaft waren. Die Zwangsvertreibung wurde im kompletten Widerspruch zu den internationalen Protokollen der UNO über Räumungen durchgeführt. Die 600 Einheiten von Militär und Polizei gaben den 164 Familien des Centro 1 dreissig Minuten um alle ihre Habseligkeiten zu packen, bevor sie mit Lastwagen in die Hauptstadt des Bezirks gebracht und sie ohne Nahrung und Behausung sich selbst überlassen wurden. Bis heute – 7 Jahre nach der gewaltsamen Vertreibung – haben die DorfbewohnerInnen vom Staat weder eine neue menschenwürdige Bleibe noch Land erhalten, um ihren Alltag zu bestreiten. Viele Familien kämpfen täglich ums Überleben. Die Vertreibung im Jahre 2009, staatliche Bürokratieprozesse und - laut den ehemaligen BewohnerInnen des Centro 1 - fehlender Wille der Regierungsinstitutionen haben dazu geführt, dass sie weiterhin in extremer Armut und unter prekären humanitären Bedingungen leben müssen. Dies führte soweit, dass Ende des letzten Jahres ein Dorfbewohner an den Folgen chronischer Unterernährung verstarb.

### **Triunfo de la Esperanza**

Die Behörden ordneten die Räumung des Dorfs im Jahre 2011 an, wobei wie beim Centro 1 Sicherheitskräfte ihre Ernte und Häuser verbrannten und ihr Vieh beschlagnahmten. Die BewohnerInnen suchten danach während 18 Monaten Zuflucht in Mexiko an der Grenze zu Guatemala. Dies löste einen internationalen Konflikt aus, worauf die guatemaltekeische Regierung aufgrund des internationalen Drucks den DorfbewohnerInnen versprach, ihr Dorf ausserhalb der Naturschutzzonen wiederaufzubauen. Nach 4 Jahren und trotz der Versprechungen der Regierung bleibt das Dorf allerdings weiterhin ohne Wasserversorgung, von den 67 versprochenen Häusern wurden bisher lediglich 13 gebaut. Seit über einem Jahr steht das Projekt aufgrund ungenügender finanzieller Mittel der Regierung still. Die Schule im Dorf wurde nur dank eines Universitätsprojekts und mit Hilfe der DorfbewohnerInnen gebaut. Allerdings sind für die 4 Klassen bisher nur 3 Klassenräume vorhanden, weshalb jeweils eine Klasse auf dem Flur unterrichtet wird.

Nichtsdestotrotz gibt es unter dem neu gewählten Bürgermeister des Bezirks einige Fortschritte, wenn auch äusserst kleine. Nur wenige Wochen nach seinem Amtsantritt erkannte er die Dorfvertretung des Triunfo de la Esperanza an, was sein Vorgänger während seiner gesamten 4-jährigen Amtszeit aufgrund persönlicher Differenzen mit den DorfbewohnerInnen ablehnte.

## **Zwischen Frustration und Hoffnung**

Die 10 Tage in Petén waren voller gemischter Gefühle. Einerseits waren wir enttäuscht, dass verschiedene Regierungsinstitutionen kaum Interesse daran haben, die Menschenrechtssituation in Petén zu verbessern, obwohl sie vollständige Kenntnisse der zuvor geschilderten Menschenrechtsverletzungen haben. Andererseits kehrten wir mit viel Hoffnung und Freude zurück, dass Menschen, welche seit Jahren friedlich für ihre Rechte eintreten sich weiterhin engagieren und davon überzeugt sind, etwas verändern zu können. PBI trägt als eine der ganz wenigen Organisationen, welche regelmässig Besuche in Petén abstattet, dazu bei, dass der politische Spielraum dieser Personen offen bleibt. In Bezug auf die Menschenrechte ist und bleibt Petén ein vergessenes Departement.

Falls Sie mehr über die aktuelle Situation in Petén erfahren wollen, empfehlen wir Ihnen das Bulletin, welches PBI Guatemala vor kurzem publiziert hat (auf Spanisch): [La defensa del territorio y los derechos humanos en Petén](#) (demnächst auch auf Englisch).